

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

19.9.1928 (No. 219)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 955 und 954, Postfachkonto Nr. 8515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3.25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, die den Inhalt der Zeitung betreffen, ist der Inhaber der Zeitung anzugeben. Unerwartete Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben. Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Erbst, Sperr, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche. Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralbundesregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Der Reichskanzler über Genf

Reichskanzler Hermann Müller gewährte nach Rückkehr aus Genf dem Chefredakteur im B.Z. eine Unterredung, in der er sich über Verlauf und Ergebnisse der Genfer Verhandlungen ausließ: Der Zweck der Verhandlungen war die Geltendmachung unseres Rechts auf eine sofortige Räumung der besetzten rheinischen Gebiete und der Saar. Das ganze deutsche Volk ist darin einig, daß wir nach jeder Hinsicht die Verpflichtungen erfüllt haben, die die Voraussetzungen für die Erfüllung des Vertrags bilden. Juristisch: Die deutsche Entlassung nach dem Versailler Vertrag ist längst durchgeführt und festgestellt. Die Leistungen der Verpflichtungen aus dem Dawesplan sind regelmäßig erfolgt und bestätigt worden, das Recht auf Artikel 431 also unzweifelhaft. Politisch: Der Pakt von Locarno, der formulierte Bestimmungen in dieser Hinsicht enthält, fordert seinem Geiste nach die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses, das mit der Besetzung des Gebietes des einen Vertragspartners durch die Truppen der anderen unvereinbar ist und unmoralisch. Die Besetzung bildet den Anlaß dauernder Schwierigkeiten und Zwischenfälle.

Wir gehen es heute ein, daß bei diesen Verhandlungen das Ziel, die Befreiung des Rheinlandes nicht erreicht wurde. Die Reichsregierung teilt daher die schwere Enttäuschung des deutschen Volkes über diese Ablehnung seines Anspruchs in Genf in vollstem Maße. Immerhin ist doch insofern ein Fortschritt erreicht worden, als unsere Forderung im ersten der drei Punkte, über die bisher Einverständnis herrschte, registriert wurde. Im Gegensatz zu früheren nur ganz unverbindlichen Besprechungen wird hier zum ersten Male offiziell von den Besetzungsmächten, sowie Japan, die „Eröffnung einer offiziellen Verhandlung“ über diese Forderung anerkannt, von dem Augenblick aber, wo das Räumungsproblem erst offiziell auf der Tagesordnung steht, wird es nicht mehr von ihr verschwinden. Welche Bedeutung hat der folgende zweite Punkt, der die Reparationsfrage betrifft? Der deutsche Standpunkt auf diese Frage ist bekanntlich der, daß die Räumung nicht von der Reparationsfrage abhängig gemacht werden darf, aber wir haben sehr großes Interesse an dieser Frage an sich, also an der Feststellung unserer Schuldsumme und der endgültigen Regelung unserer Zahlungen, und deshalb bedeutet auch die Vereinfachung, offizielle Verhandlungen über diese Frage durch eine Expertenkommission einzuleiten, einen großen Fortschritt.

Was man in Thoiry wollte, ist heute nicht mehr durchzuführen. Wir konnten Vorschläge in dieser Richtung nicht mehr machen. Eine Mobilisierung größerer Summen ist nicht möglich, ehe wir die Endsumme kennen, die wir zu zahlen haben. Zu parallelen Verhandlungen über die Reparationsfrage sind wir bereit, wie wir dazu immer bereit waren.

Auf die Frage, ob der dritte Punkt des Kommuniqués die Frage der Feststellungs- und Vergleichskommission mit der Annahme eines Sachverständigenausschusses für die Reparationsfrage im Zusammenhang steht, erklärte der Reichskanzler: „In keinem wie immer gearteten! Von französischer Seite ist der Gedanke der Sicherheitsfrage in die Besprechung hineingetragen worden. Von deutscher Seite sind keine formulierten Vorschläge erfolgt, aber wir haben uns bereit erklärt, im Prinzip über die Schaffung einer solchen Kommission zu verhandeln, die nach erfolgter Gesamtträumung und an Stelle einer Besetzung gewisse Funktionen bei etwaigen künftigen Differenzen übernehmen könnte. Zusammenfassung, Funktionieren, Arbeitsgebiet und Dauer einer solchen Kommission werden im einzelnen Gegenstand von Verhandlungen sein, jedoch mit der Maßgabe, daß eine Dauer über 1935, also über den Ablauf des Maximaltermins für die Besetzung hinaus, für Deutschland nicht in Frage kommen kann.“ Wie denken Sie sich nun, Herr Reichskanzler, die weitere Entwicklung? Darüber wird erst zu sprechen sein, wenn die gegenwärtigen Genfer Verhandlungen zu Ende sind, wenn der Auswärtige Ausschuss dazu Stellung genommen hat usw. Aber ich möchte doch zum Schluß betonen, daß die Erörterungen in Genf, so schwierig sie im einzelnen waren, den Vorzug haben, in der Weltöffentlichkeit einen außerordentlich großen Widerhall zu finden, der uns angesichts der Stärke unseres Rechtsstandpunktes nur ermutigen kann.“

### Noch keine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses

Der sozialdemokratische Pressedienst meldet: Der Auswärtige Ausschuss wird erst nach Abschluß der Verhandlungen in Genf zusammentreten. Dem Vorsitzenden des Ausschusses, Reichstagsabg. Scheibemann, ist in einer Besprechung mit dem Reichskanzler bestätigt worden, daß die parlamentarischen Mitglieder der deutschen Delegation in Genf den größten Wert darauf legen, an den Verhandlungen des Ausschusses teilzunehmen. Falls der Ausschuss vor Beendigung der Genfer Tagung zusammentreten sollte, würden die Herren zu ihrem lebhaften Bedauern Genf verlassen müssen. Da ein zwingender Grund zur Einberufung des Auswärtigen Ausschusses vor Rückkehr der Genfer Delegation nicht vorliegt, dürfte seine Einberufung im September nicht mehr in Betracht kommen.

Die bayerische Staatsregierung hat an Reichskanzler Müller das Ersuchen gerichtet, zum Zwecke der Information und Aussprache über die Ergebnisse der Genfer Besprechungen über die Rheinlandräumung die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder zu einer Besprechung nach Berlin zu beauftragen.

Aus Berlin wird dazu berichtet, daß ein solches Ersuchen dort noch nicht eingetroffen ist, daß aber, sobald in diesem Sinn an die Reichsregierung herangekommen wird, ihm aufgegeben werde. Dann werde allerdings die sonst übliche Aussprache in dem betr. Ausschuss des Reichsrats überflüssig sein.

### Letzte Nachrichten

#### Besprechungen in Berlin und Paris

M. Berlin, 19. Sept. (Priv.-Tel.) Der Reichskanzler wird, wie wir erfahren, heute den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und den deutschen Botschafter in Paris, von Hoesch, empfangen. Man dürfte wohl in der Annahme nicht fehl gehen, daß diese beiden Empfänge mit der Reparationsfrage und den beginnenden Besprechungen in Paris zusammenhängen.

Brian, der heute von Genf nach Paris zurückkehrt, wird gleich nach der Ankunft dem Ministerrat Bericht erstatten. Dabei wird auch die Frage der Räumung der zweiten Zone zur Erörterung kommen, allerdings voraussichtlich mit negativem Ergebnis, obwohl die ganze Linkspresse diese beschleunigte Räumung fordert, und Leon Blum heute früh namens der Sozialisten ein Ultimatum an Poincaré in diesem Sinn richtete.

#### Zur Mobilisierung der Dawesbonds

W.B. London, 19. Sept. (Tel.) „Daily Chronicle“ berichtet aus New York: Wället sei keineswegs so pessimistisch bezüglich der Möglichkeit, in den Vereinigten Staaten deutsche Eisenbahn- und Industriebonds in Höhe von 400 Millionen Pfund Sterling als Teil der allgemeinen Kriegsschuldenregelung unterzubringen, wenn die Marktbedingungen zu dieser Zeit günstig seien. Die Bonds würden natürlich etwas unter dem Nennwert angeboten werden. Die Ansicht der alliierten Mächte und Deutschlands werde in New York dahin ausgelegt, daß Deutschland zum Verkauf auf dem Weltmarkt zum Nutzen der Alliierten 16 Milliarden Mark prozentige Dawesbonds ausgeben, deren Ergebnis die Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten liquidieren würde.

#### Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen

W.B. Warschau, 19. Sept. (Tel.) Der deutsche Delegationsführer für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, Minister Vermeir, hat gestern abend Warschau verlassen, um sich nach Berlin zu begeben. Seine Rückkehr wird für Montag erwartet. Die polnische Presse bemerkt zu dieser Nachricht, daß der deutsche Delegationsführer während seines Berliner Aufenthaltes hauptsächlich mit dem Reichskanzler, Müller konferieren werde, der seinerseits in Genf mit dem polnischen Außenminister Baleski Besprechungen hatte. Die Handelsabstufung für die Handelsvertragsverhandlungen sehen auch in der laufenden Woche die Beratungen ohne Unterbrechung fort.

#### Schiedspruch in der deutschen Herrenkonfektion

W.B. Weimar, 19. Sept. (Tel.) Nach dreitägigen schweren Verhandlungen fällt heute der Schlichter für Oberhessen, Reg.-Rat Dr. Brahn, Berlin, in dem Tarifstreit der deutschen Herren- und Knabenbekleidungsindustrie einen Schiedspruch. Danach werden die Stundenlöhne, die nach fünf Ortsgruppen gestaffelt sind, um 10 bis 12 % erhöht.

Das Abkommen wurde bis 30. Sept. 1929 abgeschlossen. Die Erklärungsfrist läuft am 21. Sept. 1928 um 14 Uhr ab.

#### Der große Faschistenrat

W.B. Rom, 19. Sept. (Agenzia Stefani.) Gestern abend feierte der Große Faschistenrat unter dem Vorsitz Mussolinis seine Arbeiten fort. Der Generalsekretär der Faschistischen Partei, Turati, berichtete über die Tätigkeit der Partei, und der Rat nahm einstimmig eine Tagesordnung an, in der der Tätigkeit Turatis und der übrigen Mitglieder des Direktoriums volle Zustimmung erteilt wird. Der Generalsekretär und das Direktorium werden aufgefordert, die von ihnen angenommene Richtlinie einer immer fester werdenden politischen und moralischen Intransigenz weiter zu verfolgen und das Erziehungswort unter dem italienischen Volk fortzusetzen. Der Generalsekretär der Miliz, General Bagan, berichtete über die Entwicklung der Miliz. Sie besteht aus 8074 Offizieren und 289 000 Schwarzhemden. Außer der regulären Miliz sind noch Spezialmiliztruppen vorhanden, nämlich für Eisenbahnen, Häfen, Post, Forsten und Straßen, für Gebirge und die anderen entfernten Gebiete, sowie eine Truppe zur Abwehr von Flugzeugangriffen. Zum Schluß sprach General Bagan über die Verwendung der Schwarzhemden im Kriegssfall.

#### Zusammenstoß in Niederländisch-Indien

W.B. Batavia, 19. Sept. (Tel.) Die bei den Staatsgruben der Insel Billiton beschäftigten Bergarbeiter, die augenblicklich streiken, wollten sich dem Einmarsch der Polizei widersetzen. Im Verlaufe des dadurch entstandenen Zusammenstoßes wurde ein Streikender getötet und sieben Streikende sowie acht Polizeileute verwundet. Polizeiberichtungen wurden von Batavia nach der Insel Billiton entsandt.

#### Kämpfe in Nordchina

W.B. London, 19. Sept. (Tel.) „Times“ berichtet aus Peking: Es haben ernste Kämpfe in Nordchina zwischen den Kwantungstruppen und Resten der Schantungstreitkräfte stattgefunden. Die Kwantungstruppen haben eine Niederlage erlitten. Ihre Verluste werden auf mehrere hundert Tote und mehrere tausend Verletzte geschätzt. Laut „Times“ ist es möglich, daß ein Teil des Kwantungheeres zu Tschangschung übergegangen ist.

### \* Sozialdemokratie und Wehrmacht

Der Reichsinnenminister, Herr Severing, hat am Sonntag in Lübeck bei einer Tagung des dortigen Reichsbanners eine Rede zum Wehrproblem gehalten, die als eine politische Tat zu betrachten ist, weil sie den Willen der Sozialdemokratie zur Mitarbeit im Staate nochmals mit aller Entschiedenheit betont und vor der gefamten deutschen Öffentlichkeit, also auch vor der deutschen Arbeiterschaft, die Notwendigkeit einer deutschen Wehrmacht unterstreicht. Vom Standpunkt der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands aus gesehen, ist namentlich das letztere ein großer Fortschritt. Denn es ist bekannt, daß die Sozialdemokratie im alten Staat das Militär schlechthin ablehnte und verabscheute und sich auch im neuen Staat nur zögernd wenigstens zu einer Toleranz der Wehrmacht gegenüber bekannte.

Bei dieser Haltung sprachen prinzipielle und parteipolitische Gründe mit. Die Sozialdemokratie erblickte früher in der Armee ein Machtinstrument in der Hand dessen, was sie Kapitalismus nannte, und von einer solchen Anschauung bis zur offenen Feindseligkeit ist dann ja nur ein kleiner Schritt. Im neuen Staat konnte dieses Argument prinzipiell kaum noch Geltung haben. Aber es wirkte gefühlsmäßig nach. Viel schlimmer war jedoch die durch ganze bestimmte Vorfälle genährte Meinung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, daß unsere Reichswehr und unsere Reichsmarine zu erheblichen Teilen nicht verfassungstreu sei und im Sinne reaktionärer Bestrebungen beeinflusst werde. Man formulierte die Stellungnahme etwa so: „Warum sollen wir für eine Reichswehr zahlen und für eine Reichswehr schwärmen, wenn diese Institution doch im Ernstfalle nicht zuverlässig ist?“

Sicherlich ist diese Ansicht so, wie sie hier vorgetragen wurde, nicht berechtigt gewesen. Aber es gab, wie gesagt, Vorfälle und Beobachtungen genug, welche ihr Vorwurf leisteten. Solche Vorfälle wurden in der Presse ausgiebig erörtert, und die sozialdemokratische Arbeiterschaft konnte so den Eindruck gewinnen, als ob allenthalben in der Reichswehr ein antirepublikanischer Geist herrschte. Die Lohmann-Affäre mit ihrem Drumumdrum hat dann allerdings den Beweis geliefert, daß in der Reichsmarine in weiterem Umfang nicht alles so war, wie es den Republikanern wünschenswert erscheinen mußte.

Erfreulicherweise ist sehr rasch Wandel geschaffen worden, und zwar noch unter dem Regime der Rechtskoalition. Herr Geßler schied von seinem Amte, und an seine Stelle trat mit Herrn Groener ein Mann, dem auch die republikanischen Parteien Vertrauen entgegenbrachten. Natürlich kann niemand aus seiner Haut heraus, und auch Herr Groener wird als alter Offizier gelegentlich in einzelnen Punkten die Dinge schon rein gefühlsmäßig etwas anders betrachten als ein sozialdemokratischer Arbeiter. Das schadet nichts, wenn nur überhaupt die Gewähr dafür geboten ist, daß die Reichswehr ein zuverlässiges Machtinstrument in der Hand des neuen Staates ist.

Bei allen bisherigen Versuchen, die Große Koalition zu bilden, hat die Stellung der Sozialdemokratie zur Reichswehr ein Hindernis gebildet. Die aufmerksamen Beobachter unseres politischen Lebens haben aber immer damit gerechnet, daß, wenn einmal die Große Koalition oder irgendeine andere Koalition mit der Sozialdemokratie zustande käme, dann auch die Sozialdemokratie ihre Haltung der Reichswehr gegenüber einer Revision unterziehen würde. Die Rede Severings zeigt klipp und klar, daß eine solche Revision erfolgt ist.

Schon die Art und Weise, wie sich Severing zur Panzerkreuzerfrage geäußert hat, mußte aufhorchen lassen. So hat er sich energisch gegen die Auffassung gewandt, als ob es sich bei den Protesten gegen den Panzerkreuzer vor allem um die Geltendmachung pazifistischer Gedankengänge handle. Davon könne keine Rede sein. Die im Reichsbanner vertretenen Parteien hätten sämtlich (also auch mit Einschluß der Sozialdemokratie) zum Wehrprogramm in positivem Sinne Stellung genommen.

Schon allein dieser Satz ist bedeutsam, da er feststellt, daß die Sozialdemokratie keineswegs Gegnerin der Wehrmacht und eines vernünftigen Wehrprogramms ist. Severing hat sich dann aber weiter noch viel klarer ausgedrückt, indem er zunächst darauf hinwies, daß, solange keine internationale allgemeine Abrüstung erfolgt sei, und solange mit einer Geistesverfassung zu rechnen sei,

wie der, die aus der Antwort Briands auf die Rede Hermann Müllers herauszuehe, eine positive Stellungnahme zur Wehrfrage in Deutschland gar nicht zu umgehen sei. Die letzten deutschen Reichstagswahlen hätten, so führte der Minister aus, für alle wahrhaften Republikaner unter dem Zeichen gestanden: Heran an die Macht, die Republik den Republikanern! „Wer aber die Macht im Staate will, der muß auch die Machtmittel wollen! In dieser Erkenntnis haben die republikanischen Parteien der Regierungserklärung zugestimmt, in der es hieß, daß die Regierung, die von der Wehrmacht verlangt, daß sie eine treue und unbedingt zuverlässige Stütze der Republik sei, ihrerseits dafür sorgen würde, daß die Wehrmacht mit allen für ihre Aufgaben notwendigen Mitteln ausgestattet würde. Freilich ist in der Regierungserklärung hinzugefügt: Im Rahmen ihrer Aufgaben und der bestehenden Verträge und nach Maßgabe der finanziellen Kräfte. Hier können und werden sich noch mancherlei Schwierigkeiten ergeben, und solange Deutschland unter der Last der Dawesgesetze Einschränkungen machen muß an seinen sozialpolitischen und kulturellen Aufgaben; solange wird mit besonderer Sorgfalt zu prüfen sein, ob die Ausstattung der Wehrmacht mit den von ihr verlangten Mitteln zweckmäßig und zeitgemäß ist. Sind aber die grundsätzlichen Unklarheiten beseitigt, dann kann mit viel größerer Sachlichkeit und ohne jeden leidenschaftlichen Ehrgeiz jede auftretende Zweckmäßigkeitsfrage geprüft und entschieden werden. Auch das Reichsbanner würde sich ein großes Verdienst um die politische Erziehungsarbeit des Volkes erwerben, wenn es diese Fragen im Kreise seiner Mitgliederschaften mit dem Ernst, den der Gegenstand erfordert, prüfen würde.“

Die Berichte über die Tagung des Lübecker Reichsbanners verzeichnen gerade an diesen entscheidenden Stellen der Rede mehrfach allgemeine Zustimmung oder stürmischen Beifall. Und sicherlich wird das gesamte Reichsbanner sich innerlich an dieser Beifallskundgebung beteiligen. Bedauerliche Extratouren, wie die des Breslauer Reichsbanners, welches die Beteiligung am Empfang des Reichspräsidenten ablehnte, braucht man dabei nicht zu tragisch zu nehmen, zumal ja auch die Bundesleitung das Verhalten Breslaus ganz entschieden gemißbilligt hat. Jedenfalls ist der Rede Severings große, innerpolitische Bedeutung beizumessen. Bei dem Ansehen, das er genießt, ist zu hoffen, daß seine Auffassungen tief in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft eindringen werden. Das wäre dann der Anfang einer vollkommenen Ausöhnung zwischen Arbeiterschaft und Reichswehr, einer Ausöhnung, die im Interesse des Vaterlandes ja schon lange gefordert werden mußte. Denn auch die Reichswehr selbst wird dann, wenn die sozialdemokratische Arbeiterschaft und ihre Führer eine derartig positive Einstellung zur Reichswehr vornehmen, sehr bald jene gefühlsmäßigen Aufwallungen überwinden, die heute noch die Schaffung eines wahren Vertrauensverhältnisses zwischen Reichswehr und den Massen des Volkes erschweren.

### Vollziehung der Völkerbundsversammlung

Nach achtägiger Unterbrechung ist die Völkerbundsversammlung in Genf Dienstag vormittag wieder zu einer Vollziehung zusammengetreten. Auf der Tagesordnung standen die sieben ersten, von den Versammlungsausschüssen bis jetzt fertiggestellten Berichte. Zwei Berichte betreffen politische Fragen, nämlich den finnischen Antrag zur finanziellen Unterstützung angegriffener Staaten, und die Tätigkeit des Mandatsauschusses. Die übrigen fünf Berichte behandeln soziale Fragen, wie Kinderchutz, Mädchen- und Kinderhandel, die Tätigkeit der Hygieneorganisation, das Hilfswort für die griechischen Flüchtlinge und die Abschaffung der Sklaverei.

Die Vorschläge des dritten Versammlungsausschusses zur Aufstellung eines Konventionentwurfes im Sinne des finnischen Antrages wurden ohne Aussprache angenommen. Die abschließende Arbeit soll vom Finanzkomitee des Völkerbundes so beschleunigt werden, daß die Konvention von der nächsten Völkerbundsversammlung beschlossen werden kann. Die Gewährung der finanziellen Hilfe soll für den Kriegesfall oder für den Fall der Kriegsdrohung vom Rat einstimmig beschlossen werden. Der Bericht unterstreicht den Umstand, daß die vorgelegene Konvention in das Völkerbundsprogramm der Vorkarbeiten für die Verabfassung der Rüstungen gehöre. Auf dem Gebiete des Kinderchutzes werden die Vorschläge des fünften Versammlungsausschusses angenommen. Es wird darin die Ausarbeitung von Konventionentwürfen über die Heimkehrung Minderjähriger, die sich der elterlichen Gewalt entzogen haben, und über die Fürsorge für Minderjährige im Auslande vorgelesen. Aus den Beschlüssen der Völkerbundsversammlung über den Kampf gegen den Mädchen- und Kinderhandel ist besonders bemerkenswert, daß die Regierungen aller Länder, in denen öffentliche Häuser gebildet werden, die Möglichkeit ihrer Abschaffung prüfen sollen. Lord Cushendun verlangte eine allgemeine Verschärfung der Gesetzgebung gegen die Zuhälter.

Aus dem großen Aufgabengebiet der Hygieneorganisation werden in dem Bericht insbesondere die erfolgreichen Arbeiten zur Standardisierung des Serums, die Fortsetzung der methodischen Krebsforschung mit verschiedenen Schutzimpfungen und die Arbeiten der Sanitätspolizei, vor allem zur Seuchenbekämpfung im fernen Osten, angeführt. Ferner wird der große praktische Wert der Studienreisen von Sanitätsbeamten unterstrichen, an denen sich bekanntlich Deutschland in führender Weise beteiligt.

In dem vom sechsten Versammlungsausschuss vorgelegten Bericht wird insbesondere auf die von verschiedenen Seiten erhobene Forderung nach voller Wahrung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Staaten in den Mandatsgebieten hingewiesen. Die Entschließung spricht die Hoffnung aus, daß der ständige Mandatsauschuss sich weiter mit der Verwirklichung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung in den Mandatsgebieten aktiv beschäftigt.

Die nächste Vollziehung der Völkerbundsversammlung wird voraussichtlich am Donnerstag vormittag abgehalten.

Enteignung der Petroleumvorkommen in Argentinien. Die argentinische Kammer hat ein Gesetz über die Enteignung aller Petroleumvorkommen in Argentinien verabschiedet.

### Kritik an Genf

Englische Liberale und Genf

W.D. London, 19. Sept. (Tel.) Eine zurzeit in Genf befindliche Gruppe von Liberalen richtete ein Schreiben an die „Daily News“, in dem tiefes Bedauern über die bisherige mangelnde Führung von Seiten Großbritanniens ausgedrückt wird. Es scheint im Gegenteil, daß die britischen Delegierten Anweisungen hätten, dem Rad des Fortschrittes in die Speichen zu fallen. Dies zeigte sich in den Fragen der Zölle, der Abrüstung und in der Ablehnung der Falschlianklausel des ständigen Gerichtshofes.

„Daily News“ bemerkt in einem Leitartikel, dieses Schreiben drüde die tiefe Besorgnis einer großen Zahl von Menschen in England und anderen Ländern über die reaktionäre Haltung der britischen Delegation während der ganzen Verhandlungen der Völkerbundsversammlung aus. Durch ihre Skepsis und den völligen Mangel an Initiative und Mut beraubten die britischen Vertreter Großbritanniens seiner Führung in Genf. Sie veräumten eine unschätzbare Gelegenheit, das Siegel unter den Friedenspakt zu setzen. Das Blatt kritisiert scharf Cusenduns negative Haltung in Genf.

W.D. London, 19. Sept. (Tel.) Zu den „positivsten Festungen“, die Frankreich an seinen Ostgrenzen errichtet, bemerkt „Daily News“ in einem Leitartikel, trotz der wachsenden Macht des Völkerbundes, trotz Locarno-Vertrag und Kellogg-Pakt schreite Frankreich seinen Weg fort und treffe immer mehr militärische Vorkehrungen. Diese Politik trage dazu bei, den Wert jedes Sicherheitsvertrages zu schwächen.

### Die Stimmung in Moskau

W.D. London, 19. Sept. (Tel.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Aus Moskau verlautet, daß die Sowjetregierung über die Änderung der Haltung Frankreichs überrascht und verstimmt ist. Der Berichterstatter schreibt diese Änderung teilweise dem französischen Keger zu über die dauernden Versuche Tschitcherins und seiner Kollegen, Zwietracht zwischen Deutschland und Frankreich zu säen.

### Briand über das Genfer Resultat

Der französische Außenminister Briand, der heute von Genf nach Paris zurückkehrt — ihn wird Paul-Boncour vertreten — gewährte dem Genfer Korrespondenten des „B. T.“ eine Unterredung. Er betonte, daß das französische Kabinett durchaus für die Fortsetzung der Politik der Entspannung sei. Briand sagte: Das ist keine Gefühlsfrage, das ist eine Sache des Verstandes.

Aber das Ergebnis der Verhandlungen selbst erklärte Briand, es sei sehr gut gewesen, und zwar für beide Parteien. Es sei nunmehr Sache der Kabinette weiterzuarbeiten. Briand ist davon überzeugt, daß die Regierungen sehr bald in Fühlung treten könnten. Man werde sich sicher bald über das Feststellungskomitee einigen. Nach Einsetzung des Komitees würde eine Tatsache, die diesem zur Kenntnis gebracht werde, sofort in freundschaftlicher Weise geregelt und durch Vergleich erledigt werden, ohne daß man vor den Rat gehen und eine „Kampfstellung“ einnehmen müsse. Die kommenden Verhandlungen über die Reparationsfrage werden nach Briands Meinung einen raschen Fortgang nehmen. Auf den Hinweis, daß die Verhandlungen über die Räumungsfrage in der deutschen Öffentlichkeit eine gewisse Enttäuschung hinterlassen hätten, erwiderte Briand, es sei das erstemal, daß das Problem zum Gegenstand einer offiziellen Verhandlung gemacht worden sei. Das sei doch ein sehr beträchtlicher Schritt vorwärts.

### Der Reichspräsident in Breslau

Der Reichspräsident ist, von Oberschlesien kommend — er besuchte Dienstag vormittags auch Ratibor — am Dienstag nachmittag in Breslau eingetroffen. Ein festlicher Empfang fand statt. Vor dem Oberpräsidium hatten sich Tausende von Menschen angeammelt, die in begeisterte Hoch- und Hurraufe ausbrachen, als sich der Kraswagen des Reichspräsidenten näherte. In einem besonderen Vorzimmer des Oberpräsidiums wurde dem Reichspräsidenten der Fürstbischof Bertram vorgestellt. Überwältigend war der Eindruck, als sich im Hintergrunde des großen Festsaales die Flügeltüren öffneten und die hohe Gestalt Hindenburgs sich an Seite des Fürstbischofs zeigte. Janfarenklänge und Paukenschläge begrüßten ihn.

Nach Beendigung eines Musikstückes ergriff der Oberpräsident das Wort zu einer begeistert aufgenommenen Ansprache. Hierauf erwiderte der Reichspräsident mit Worten herzlichen Dankes für die gemeinsame Einladung der Provinz Niederschlesien und der Hauptstadt Breslau. Ich weiß, daß Schlesien eine lange Leidenszeit hinter sich hat, und daß trotz aller in jüngsten Jahren geleisteten Wiederaufbauarbeit und mancher in den letzten Jahren erzielter Fortschritte auch heute noch schwere Notstände auf den beiden Provinzen liegen. Schwer sind die Leiden und die Schäden, die die Kriegszeit und die böse Nachkriegszeit gerade Schlesien geslagen haben. Mühe und Wohlstand der Provinz wurden zerstört. Der Wiederaufbau wurde durch neue staatliche Schranken und wirtschaftliche Veränderungen erschwert. Aber wenn wir in Einigkeit zusammenstehen und unsere in Sturm- und Notzeiten erworbene Kraft in einigem Willen zusammenfassen, werden wir auch diese Schwierigkeiten überwinden. Ich bitte Sie, meine Herren, über das Trennende der persönlichen Ansicht und der persönlichen Verhältnisse die Einigkeit in allen lebenswichtigen Fragen unserer Nation zu stellen. Damit werden Sie Ihrer engeren Heimat wie unserem großen Vaterlande den besten Dienst erweisen.

Stürmischer Beifall hallte durch den Saal, als Hindenburg seine Erwidmung gesprochen hatte, und begeistert fiel alles in das Hoch des Oberpräsidenten auf das deutsche Vaterland, die deutsche Republik und den Reichspräsidenten ein. An diese Feier schloß sich ein Tee im Gesellschaftsraum des Oberpräsidiums, währenddessen vor dem Oberpräsidium eine Kapelle konzertierte und die Menge immer wieder das Deutschlandlied sang.

Im Landeshaus fand später Festafel statt, wobei der Reichspräsident auf eine Rede des Vorsitzenden des Provinzialauschusses, v. Hahnel-Tradenberg, antwortete. Der Reichspräsident versicherte, daß das Reich gemeinsam mit Preußen mit bestem Willen bestrebt ist, Schlesien zu helfen, und daß er im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Zuständigkeit gern mithelfen werde. Er zweifle nicht, daß sich die Provinz trotz all dem wieder im Aufstieg befinde.

Der Geburtenrückgang in Deutschland. In den letzten Jahren hat der Geburtenrückgang in Deutschland so bedenklich zugenommen, daß dieser Vorgang alle Beachtung verdient. Im vorigen Jahrhundert kamen in Deutschland auf 1000 Einwohner durchschnittlich 35 bis 36 Geburten. Bis zum Jahre 1913 war dieser Durchschnitt bereits auf 27 gesunken. In den ersten Jahren nach dem Kriege — die Kriegszeit selbst als anomale Zeit ist nicht beweiskräftig — wurde die Höchstziffer 24 bis 25 Geburten auf 1000 Einwohner erreicht. Seit 1924 sank die Ziffer von Jahr zu Jahr, 1925 betrug sie nur noch 22,8, 1926 nur 20,3, und im Jahre 1927 sogar nur noch 18,8 auf 1000 Einwohner. Am schlimmsten ist es in den Großstädten.

### Die erste Fahrt des „Graf Zeppelin“

Das neue Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat am Dienstag eine glänzend verlaufene erste Werkstättenfahrt unternommen. Es flog in Friedrichshafen nachmittags 3.30 Uhr auf und landete wieder um 7 Uhr abends glatt. Dr. Edener als Führer des Luftschiffes wurde lebhaft beglückwünscht.

Gleich nach der Landung erklärte Dr. Edener, daß die Fahrt ausgezeichnet verlaufen sei und er mit dem Schiff sehr zufrieden sei. Der „Graf Zeppelin“ habe alles gehalten, was er versprochen, und was man von ihm erwartet habe. In mancher Beziehung habe er die Erwartungen sogar übertraffen. So hat die heutige Fahrt schon gezeigt, daß das Schiff ohne Anstrengung auf eine Geschwindigkeit von 120 Kilometer zu bringen sei. Jedenfalls ist es noch schneller als der „Z. R. II“. Die Geschwindigkeit wurde auf der Strecke Friedrichshafen—Kehl (bei Ravensburg) erprobt. Diese Strecke, die 5400 Meter lang ist, wurde zweimal durchfahren. Dabei hat sich auch die Mandrierfähigkeit des Schiffes glänzend gezeigt. Die Steuer funktionierte hervorragend. Dasselbe gilt auch von den Maschinen, die tadelloso gearbeitet haben. Besondere Aufmerksamkeit wurde naturgemäß der Durchlüftung des Schiffes zugewandt, da ja schon bei der Versuchsanstalt für Luftfahrt Bedenken wegen des Triebgasentstandes. Dr. Edener erklärte, daß die Lüftung allen Ansprüchen entspreche. Die Ventile haben vorzüglich gearbeitet.

Heute, Mittwoch, wird das Luftschiff nicht aufsteigen. Auf Grund der Erfahrungen, die sich bei der Dienstreise ergeben haben, sind noch keine Einzelverbesserungen notwendig, so an der Durchlüftungsanlage. Es ist damit zu rechnen, daß sie bis heute abend beendet sein werden, so daß voraussichtlich morgen, Donnerstag, die zweite Fahrt angetreten werden kann. Bei der Fahrt am Dienstag war übrigens die größte Höhe, die das Luftschiff erreichte, 1400 Meter.

### Vor einer weiteren Fahrt

W.D. Friedrichshafen, 19. Sept. (Vom Sonderberichterstatter des W.D.) Der „Graf Zeppelin“ wird bereits wieder startbereit gemacht. Die Werkstättenfahrt als wünschenswert gezeigt hat. Es handelt sich aber nur um Kleinigkeiten, die schematisch durchgearbeitet werden sollen. Wie Dr. Edener mitteilt, wird er morgen früh, voraussichtlich zwischen 7 und 8 Uhr, wieder aufsteigen, und zwar diesmal zu der ersten, gewissermaßen öffentlichen Fahrt mit Gästen an Bord. Auch diese Fahrt wird mit Benzin durchgeführt. Die Fahrtroute liegt noch nicht fest; sie wird aber über Süddeutschland gehen, wahrscheinlich auch über München, und Dr. Edener hat den Wunsch, möglichst die Städte zu berühren, die ihn besonders eingeladen haben. Die Fahrt dürfte bis zum Nachmittag dauern.

Zur gestrigen Fahrt betonte Dr. Edener noch, daß sich bei den Vibrationsfeststellungen eine außerordentliche Stabilität gezeigt habe. Das Schiff flog nie noch ruhiger in der Luft als der „Z. R. III“. Dr. Edener hob erneut hervor, daß die Ventilationsanlage sich als außerordentlich stark bewiesen habe. Im Laufgang habe ein Luftstrom von 1½ Sekundenmetern geherrscht. Trotz dieses starken Zuges hat sich aber gezeigt, daß die Brenngaszellen durchaus nicht gegeneinander schlagen, sondern vollkommen fest liegen. Die starke Durchlüftung ist überhaupt nicht wegen der Brennengefahr, sondern nur zum Schutze der Mannschaft gegen Vergiftungen angelegt worden. Das Festliegen der Brenngaszellen ist deshalb wichtig, weil von der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt auch befürchtet worden war, daß durch Aneinanderrücken der Zellenflächen Vermischungen der beiden Gasarten eintreten könnten. Auch die Versuche mit Rüdtschlägen haben die Ungefährlichkeit des neuen Gases bewiesen.

### Die Vereinheitlichung der Justiz

hat den Deutschen Juristentag in Salzburg beschäftigt. Dabei hat sich ein bayerischer Delegierter, wie gemeldet, mit Schärfe dagegen ausgesprochen. Auch unter dem Gesichtspunkt des Anschlusses Österreichs haben solche Vorstellungen Bedenken. Die Wiener „Reichspost“ schrieb schon vorher:

„Von den Themen, die in Salzburg zur Diskussion stehen, sind einige von ganz besonderem Interesse. So wird die mehrfach angeregte Zentralisierung der Justizverwaltung im Reiches Anlaß zu einer Erörterung des alten Problems geben, ob ein hohenzollerischer Richterstand auch wirklich alle Garantien des unabhängigen Richtertums hochhalten könne. Vielfach wird darauf hingewiesen, daß die Justiz der Verbundung anheimfalle, wenn bei der Besetzung der Richterstellen den Wünschen der autochthonen Bevölkerung zu sehr Gehör geschenkt würde. Gegen diesen Standpunkt wurde aber erst neuerdings mit Recht ins Treffen geführt, daß die genaue Kenntnis der Seele, der Eigenart und der ökonomischen Lebensbedingungen der Recht suchenden Bevölkerung eine unveräußerliche Bedingung für ein entsprechendes richterliches Wirken sei. Es geht wohl nicht an, daß bereits eine in Berlin zentralisierte Justizverwaltung etwa die Richter in Oberösterreich oder in Vorarlberg bestelle. In der Notizenfrage dürften im übrigen die durch Aufhebung der Landeszentralbehörden erzielten Ersparnisse die Kosten der neu zu errichtenden Zentralstelle aufgewogen werden. So herrlich das große Ziel der Einigung des deutschen Kulturkreises ist — ein Volk, ein Reich, ein Recht —, die Pflege der deutschen Stammeseigenart darf darum nicht verfallen.“

Dazu führt der „Rad. Beob.“ aus: „Was die „Reichspost“ schreibt, ist richtig — es stammt zwar nicht aus theoretischen wissenschaftlichen Erwägungen, aber aus dem lebendigen Volksempfinden und hat seinen Wert in sich. Wenn daher auch dem bayerischen Oberlandesgerichtspräsidenten von Langner eine antipreußische Entgleisung passiert ist, als er sich gegen die Vereinheitlichung der Justiz wandte, so hat er doch den gefunden Menschenverstand zu einem großen Teil auf seiner Seite, wenn er von einer Zentralisierung der Justizpflege in Deutschland nichts wissen will.“

### Der Verwaltungsrat der Reichseisenbahngesellschaft

tagte in Berlin. Für die zur Aufrechterhaltung eines vollwertigen Betriebes nötigen Neuanlagen und Verbesserungen ergibt die durch die Tarifierhöhung erzielte Erhöhung der laufenden Betriebsmaßnahmen bekanntlich keine genügenden Mittel. Da eine Deckung der erwähnten Ausgaben durch Kapitalaufnahme zur Zeit nicht möglich ist, müssen die Ausgaben für Bauten auf das äußerste eingeschränkt werden, um Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit des Betriebes, den räumlichen Umbau des Oberbaus und die Verwirklichung des Sicherungswesens fördern zu können. Die Neubeschaffung von Lokomotiven und der Güterwagen muß auf das äußerste gedrosselt werden. Dagegen ist die Ergänzung des Personenwagenparkes sowie der Einbau von verstärkten Jugs- und Stohvorrichtungen im Interesse der geordneten und sicheren Durchführung des Betriebes weiter möglichst zu beschleunigen.

Die Pest in der Mandchurie. Wie die Agentur Indo Pacific aus Peking meldet, greift die Beulenpest in der Mandchurie weiter um sich. Von den chinesischen und japanischen Behörden sind Abwehrmaßnahmen ergriffen worden.



**Kurze Nachrichten aus Baden**

**D. Heidelberg, 18. Sept.** Der emeritierte ordentliche Professor für Geographie, Geh. Rat Alfred Hettner, ist anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Geographischen Gesellschaft in Hannover zu deren Ehrenmitglied ernannt worden.

**D. Pforzheim, 18. Sept.** Einer unserer bekanntesten Mitglieder, Dr. Theodor Wieland, der Gründer und langjährige Inhaber der gleichnamigen Scheideanstalt, ist, 82 Jahre alt, nach längerem Krankenlager gestorben. Er gehörte von 1890 bis 1897 dem Bürgerausschuß an, ferner war er jahrelang im Vorstand der Ortskrankenkasse und der Süddeutschen Edel- und Knebelmetallberufsgenossenschaft tätig. Auch der Bezirksrat zählte ihn zu seinen Mitgliedern.

**Hd. Offenburg, 18. Sept.** Der Automobilklub Schwarzwaldbatte am Sonntag in über 30 Autos etwa 100 Schwerekriegsbeschädigten ein Fahrt durch den Schwarzwald gespendet. Die Fahrt ging durch das Renchtal nach der Alexanderhöhe, wo die erste Rast gemacht wurde. Dann ging es über den Kniebis durch Freudenstadt nach Lohburg. In Lohburg war im „Bären“ gemeinsames Mittagessen. Hier wurden einige Reden gehalten, in denen die Altkameraden dem Automobilklub für diesen Freudentag herzlich dankten. Nach zweistündigem Aufenthalt ging es entlang der Kinzig weiter hinab ins Tal nach Wolfach, wo im „Salmen“ eingeleitet wurde. Doch auch hier war kein zu langes Verweilen und das Fahrtziel war jezt Richtung Heimat.

**D. Obereisbach (H. Billingen), 18. Sept.** Heute nacht gegen 2 Uhr brach in der großen Scheune von Martin Glaz Feuer aus, das an den großen Holzvorräten reiche Nahrung fand, um sofort an das angebaute Wohn- und Ökonomiegebäude überzugreifen. Die Feuerwehr mußte sich auf die Rettung des Viehs beschränken und konnte nur mit Mühe die mit Schindeln bedeckten Nachbargebäude schützen. Nach etwa zwei Stunden war das ganze große Anwesen niedergebrannt. Der Gebäudeschaden beträgt etwa 22 400 M. Der Fahrnißschaden 30 000 M. Der Neubau war noch nicht versichert. Man vermutet, daß das Feuer von dem Leimofen ausging.

**Hd. Freiburg i. Br., 19. Sept.** Das große Los der Freiburger Münsterbauhütte ist in Höhe von 30 000 M heute auf die Nummer 71 101 gefallen.

**Hd. Freiburg i. Br., 19. Sept.** In den Heiða-Werken Malzstärkedampfrösterei in Riegel brach heute vormittag ein Großfeuer aus, dem das ganze Fabrikgebäude samt den Maschinenanlagen zum Opfer fiel. Außerdem ist der Dachstuhl des Nachbarhauses ebenfalls ausgebrannt. Der Feuerwehr von Riegel gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der Schaden ist sehr groß, da das ganze Warenlager mitverbrannte. Die Brandursache ist noch nicht bekannt; es wird Kurzschluß vermutet.

**Hd. Freiburg, 18. Sept.** Diplomingenieur Schinzinger, der auf einer Jantermaschine in Dessau zwei neue Höhenverletere aufstellen konnte, ist ein geborener Freiburger. Sein Vater ist der noch in Freiburg ansässige praktische Arzt Schinzinger.

**D. Waldshut, 18. Sept.** Heute früh starb hier nach längerem Leiden Brauereidirektor a. D. Hermann Dietzsch, 74 Jahre alt. Er gehörte zu den angesehensten Bürgern der Stadt und war lange Jahre hindurch Mitglied des Bürgerausschusses. Der Kreisfeuerwehrverband Waldshut wählte ihn im Jahre 1909 zum Kreisvorsitzenden und Kreisvertreter im Ausschuß des Badischen Feuerwehrverbandes. Seine Verdienste um den Ausbau des Feuerwehrwesens sind groß.

**D. Überlingen, 18. Sept.** Hier verstarb im Alter von 88 Jahren Kunstmaler Hans von Kolb. Er war zuletzt Direktor der Württembergischen Kunstgewerbeschule in Stuttgart. Viele Kirchen Württembergs verdanken ihm ihre künstlerische Innendekoration, u. a. auch die Kirche in Friedrichshafen.

**D. Ludwigshafen a. Rh., 18. Sept.** Der deutsche Zollfahndungsdistrikt hat den französischen Kaufmann Louis Bion aus Worms, der von den französischen Justizbehörden mit seinem Bruder Ernst Bion gegen Stellung einer Kaution aus der Haft entlassen worden war, festgenommen. Es werden ihm zahlreiche Vergehen gegen die deutschen Steuergesetze zur Last gelegt, und er gilt als das Haupt der Vertriebsorganisation der Schmuggelern nach dem rechtsrheinischen Deutschland.

**Strasbourg, 19. Sept.** Im Straßburger Hafen ist gestern abend ein riesiger Speicherbrand ausgebrochen. Ein großes 5stöckiges Gebäude, das 7000 Tonnen Waren aufnehmen kann, fünf kleinere Holzspeicher, zahlreiche Werkstätten, etwa 5000 Tonnen Waren, darunter viel Getreide, Mehl, Zucker, Zement, Düngemittel, Petroleum, Papier, im ganzen Werte von mehr als 20 Millionen Franken, wurden durch die Feuerbrunst, die gegen Mitternacht als gelöscht angesehen werden konnte, vernichtet. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Ursache des Feuers ist noch nicht bekannt.

**D. Basel, 17. Sept.** Der Verband für die Wiedervereinigung beider Basel hat seine Winterarbeit aufgenommen, in der der Entwurf für eine neue Verfassung des neuen Kantons Basel zur Diskussion stand. Der Verband erstrebt eine Vereinigung der früher verbunden gewesenen Kantone Basel-Stadt und Basel-Land. Aus der Verfassung von Basel-Land werden wesentliche Punkte, die die Stadtverfassung nicht kennt, wie das Recht der Abberufung des Kantonsrates übernommen, während dem obligatorischen Referendum das fakultative vorgezogen wird. Für das Verhältnis von Kirche und Staat ist eine vermittelnde Lösung zwischen Staatskirchenrat und Trennung von Kirche und Staat vorgesehen.

**Handel und Wirtschaft  
Berliner Devisennotierungen**

	19. Sept.		18. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	165.05	163.39	168.08	168.42
Kopenhagen 100 Kr.	111.78	112.00	111.81	112.03
Italien . . . 100 L.	21.915	21.955	21.905	21.945
London . . . 1 Pf.	20.33	20.37	20.338	20.376
New York . . . 1 D.	4.1915	4.1995	4.1925	4.2005
Paris . . . 100 Fr.	16.36	16.46	16.37	16.45
Schweiz . . . 100 Fr.	80.65	80.81	80.67	80.83
Wien 100 Schilling	59.005	59.125	59.06	59.18
Prag . . . 100 Kr.	12.42	12.44	12.426	12.446

Bei der Stadtgemeinde Eberbach ist die Stelle

**1. Verwaltungsratschreibers**

alsbald neu zu besetzen. In Betracht kommt nur eine erste Kraft, welche über die erforderliche Sachkenntnis und Erfahrungen verfügt und ihre Befähigung durch die erfolgte Ablegung der Prüfung für den gehobenen mittleren Dienst bei der Staatsverwaltung oder bei einer Stadtverwaltung nachweisen kann. Besonderen Wert wird auf gute Kenntnisse und Erfahrungen im Gemeinde-rechnungs- und Steuerwesen sowie auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege gelegt.

Die Bewerber sollen das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben. Für die Besetzung ist die Besoldungsordnung der Stadtgemeinde Eberbach vom 23. Februar 1928 maßgebend. Die Einreichung in Gruppe und Stufe der Besoldungsordnung bleibt einer besonderen Entscheidung des Gemeinderats noch vorbehalten. Nach einer Probezeit von 6 Monaten erfolgt die Anstellung als planmäßiger Beamter.

Den Gesuchen sind anzuschließen: Ein handschriftlich geschriebener Lebenslauf, ein Geburtschein, der Nachweis der abgelegten Fachprüfung, lückenlose Beschäftigungs- und Führungszeugnisse in beglaubigten Abschriften, ein Zeugnis über die Angabe der Besoldungsansprüche. Vor der Anstellung hat sich der Bewerber, der in Aussicht genommen ist, einer Untersuchung durch einen vom Bürgermeister zu bezeichnenden Arzt zu unterziehen.

Die Bewerbungen sind bis spätestens 5. Oktober d. J. an die persönliche Adresse des unterzeichneten Bürgermeisters zu richten. Persönliche Vorstellung ist nur auf besondere Aufforderung erwünscht. Eberbach, den 11. September 1928. Der Bürgermeister: Dr. Frank.

**Verband der Oberbad. Zuchtgenossenschaften  
31. Zentralzuchtviehchau (Zentralzuchtviehmarkt)  
in Radolfzell.**

**Ziehungsliste  
über die Verlosung von 40 Zuchttalbinnen und  
-rindern am 18. September 1928.**

Bei der durch Herrn Justizrat Edelmann in Radolfzell vorgenommenen Verlosung wurden nachstehende Gewinnnummern gezogen:

Los-Nr.	Gew.-Nr.	Los-Nr.	Gew.-Nr.	Los-Nr.	Gew.-Nr.
2212	35	12553	13	17802	20
4023	18	12621	5	17924	32
4611	22	13007	38	17960	12
4788	17	13367	34	18203	16
7433	31	14220	40	18364	23
8503	6	15057	11	18398	37
8931	21	15813	15	19861	3
9353	26	15872	7	20841	9
9435	8	15921	39	21946	14
10940	28	16386	24	22156	1
11214	25	16857	10	22569	29
11251	2	16895	4	23548	27
11722	33	17021	19		
12334	36	17800	30		

Die Gewinne stehen vom Ankaufstage an auf Rechnung und vom Ziehungstage an auf Gefahr der Gewinner und werden nur gegen Rückgabe der Lose und Entrichtung des Stall- und Futtergeldes vom Bürgermeisteramt Radolfzell abgegeben. Die Gewinne sind innerhalb 21 Tagen, vom Ziehungstage an, abzuholen, widrigenfalls der Anspruch auf dieselben erlischt; der Tag der Ziehung wird hierbei in die Frist nicht eingerechnet.

Das Präsidium des Verbandes der Oberbadischen Zuchtgenossenschaften.

**Gothaer**  
**Wirtschafts-Genossenschaft**

**Versicherungen aller Art.**



**Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit**  
**Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit**  
**Gothaer Transportversicherungsbank Aktien-Gesellschaft**  
**Gothaer Allgemeine Versicherungsbank Aktien-Gesellschaft**

**Für die tägliche  
Körperübung der Frau**

Bleibe jung. Tägliche Körperübungen der Frau. Von Louise Neyberu. Else Wirminghaus. 3. Auflage. 64 Seit. mit 37 Abb. v. Hedwig Carlson u. I. Tafel. 1,50 RM.

**AUS DEM INHALT:**  
Allgem. Ziele und Vorbedingungen für die tägl. Körperübung der Frau  
Die tägliche Übungsfolge:  
1. Der Zweck der einzelnen Übungen  
2. Die Ausführung der Übungen (mit Übungstafel und 37 Abbildungen)  
3. Protierübungen  
4. Winke für besondere Verwendung von Übungen  
5. Bei Körperfehlern und Funktionsstörungen  
6. Zur Bekämpfung einiger Unregelmäßigkeiten und Beschwerden  
7. Ergänzungsübungen  
Anhang: Vergrößerte Übungstafel

Diese Übungsfolge bedeutet kein neues System, sondern eine Zusammenstellung von Übungen, die für jede Frau, soweit sie organisch gesund ist, geeignet sind. Sie wollen für die tägliche Durcharbeitung des Körpers das Notwendigste bieten und in möglichst knapp bemessener Zeit die vorteilhafteste Wirkung in gesundheitlicher und ästhetischer Beziehung erzielen.

Bei der **Bezirksparafasse Engen** ist die Stelle des **Geschäftsleiters (Direktors)**

sofort neu zu besetzen. Besetzung nach Gruppe 3 der BDD. Die Anrechnung früherer Dienstjahre bleibt vorbehalten. Offerten möglichst mit Lichtbild sind bis spätestens 28. d. M. bei dem Unterzeichneten einzureichen. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Wehrle.

**Detektiv** - Institut  
u. Privat-  
Rauskunftel  
**Argus**  
"Mannheim"  
O 6, 6  
Planken  
Telefon 53303  
A. Maier & Co., G.m.b.H.

**Parlettböden**  
Eichen und Birch repariert  
und reinigt, auch auswärts  
**Gilliard**, Kaiserstraße 51  
Telephon 1930

**Ludwig  
Schweigsut**  
Karlsruhe i. B.  
Erbsenmühlstraße 4  
beim Rondellplatz  
**Flügel**  
Pianinos 24  
Harmoniums  
Nur beste Fabrikate  
Sehr mäßige Preise  
Umtausch alter Klaviere

**Korbmöbel**  
**Mercedes**  
Günstig ab Fabrik an Privats!  
Besondere Tischlung, Reichhalt. Material  
auf Wunsch abholbar  
Mercedes-Lorch

**Bekanntmachung.**  
R. 715. Donauwörth. Der Nachlaß des Land- u. Galtwirts August Egle in Eschach († 29. Juni 1928) wird amtlich verwaltet (§§ 1975, 1981 B.G.B.). Nachlassverwalter ist Ratsschreiber Jakob Hamburger in Adorf.

**Bekanntmachung.**  
R. 749. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Friedrichmann, Strauß & Sommer, Wehstoffsabrikhandlung in Karlsruhe, soll mit Genehmigung des Bad. Amtsgerichts A 6, hier, die Schlußverteilung erfolgen. Hierzu sind verfügbar: 18 138,74 RM und zu berücksichtigenden für Forderungen ohne Vorrecht 89 200,77 RM. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen liegt zur Einsicht auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6 hier auf. Karlsruhe, 15. Sept. 28. Der Konkursverwalter: Emil Müller, Rechtsanw.

**Jagdverpachtung.**  
Die Gemeinde Kleinsteinhach verpachtet am Samstag, den 6. Oktober 1928, nachm. 3 Uhr, im Rathaus die Gemeindejagd auf weitere 6 Jahre, und zwar vom 1. Februar 1929 bis 31. Januar 1935. 5.904 Als Bieter werden nur solche Personen zugelassen, welche im Besitze eines Jagdpasses sind, oder durch

Zeugnis der zuständigen Behörde nachweisen, daß gegen die Erteilung eines Jagdpasses Bedenken nicht bestehen. Die Bedingungen liegen zur Einsicht auf dem Rathaus offen. Der Gemeinderat: Kraus, Bürgermeister, Rohweg, Ratsschreiber.

**Achern.** R. 750 Güterrechtsregisteramt Band II, Seite 387: Vogt, Alfred, Kaufmann in Oberachern, und Antonie geb. Rabolt allda. Vertrag vom 5. September 1928. Gütertrennung. Achern, 17. Sept. 1928. Bad. Amtsgericht.

**Philippsthal.** R. 701 In das Güterrechtsregister Band I Seite 200 wurde eingetragen: Friedrich Kuschmann, Bier, und dessen Ehefrau Anna Regina geb. Stadler in Philippsthal. Durch Vertrag vom 6. August 1928 wurde Gütertrennung gemäß § 1426 ff. B.G.B. unter völliger Ausschließung und Verwaltung der Rückniegung des Mannes vereinbart. Philippsthal, 15. Sept. 28. Amtsgericht.



**Badisches Landestheater**  
Donnerstag, 20. September  
D 2 (Donnerstagmiete)  
Th.-Gem. 601-700

**Der Londoner  
verlorene Sohn**  
Schauspiel von Shakespeare  
Anfang 19 Ende 22  
Preise A (0,70-5,00)  
Fr., 21. Sept., Hoffmanns  
Erzählungen, Sa., 22. Sept.,  
Schinderhannes, So., 23. Sept.,  
Die heilige Cate, Mo., 24.  
Sept., Schinderhannes, Di.,  
25. Sept., zum erstenmal:  
Don morgens bis mitternachts

**COLOSSEUM**  
täglich abends 8 Uhr  
Sonntags 4 u. 8 Uhr  
die fabelhafte  
neue Berliner  
**Revue**  
"Für Feuer Geld!"  
Der Schläger der  
Saison!

**Lot Bücher**  
Wissen ist Macht!